

"GAULLISMUS NACH DE GAULLE"

Andrew Knapp: Le gaullisme après de Gaulle. 907 S., Seuil, Paris 1996.

Die Gaullisten dominierten Mitte der 90er Jahre das politische Leben in Frankreich. Sie stellten 1995 mit Jacques Chirac den Staatspräsidenten, mit Alain Juppé den Premierminister, der Rassemblement pour la République verfügte seit 1993 mit 247 von 577 Abgeordneten über die stärkste Fraktion (gemeinsam mit der Union pour la Démocratie Française über eine klare absolute Mehrheit) in der Nationalversammlung, RPR und UDF beherrschten 18 von 22 Regional- und 72 von 96 Generalräten im Land.

Welch ein Erfolg für eine "famille politique", deren Wurzeln im Frankreich des Zweiten Weltkriegs liegen, auf eine historische Persönlichkeit – Charles de Gaulle – und einen fundamentalen Akt – den "coup de nation" (Régis Debray) vom 18. Juni 1940 gegen Waffenstillstand, Vichy-Regime und NS-Besatzung – zurückgehen. Welch ein Erfolg angesichts intendierter und perzipierter Gleichsetzung gaullistischer Parteien der Folgezeit mit dem Gründungsvater, angesichts der Gleichsetzung von Partei und Person mit der V. Republik.

Doch zugleich welcher Weg seit de Gaulles Rücktritt 1969 und Tod 1970, seit dem Verlust von Elysée 1974 und Matignon 1976, seit der "grande alternance" 1981 und deren Bestätigung 1988.

Andrew Knapp, Senior Lecturer an der Universität Reading, geht den Fragen nach, warum und wie es die Gaullisten geschafft haben, parteipolitisch zu überleben, und was der heutige RPR noch mit seinen Vorgängern gemein hat (S. 21 ff.).

Den fünf thematischen (Wahlsoziologie bzw. -geographie, Organisationsstruktur, Notabilisierungstendenzen, Regierungskultur, Diskurs, Taktik) werden zwei einleitende chronologische Kapitel vorangestellt. Auch sie berücksichtigen die neuere Forschungs- und Memoirenliteratur. Dennoch sind sie recht langatmig, methodisch wie inhaltlich wenig innovativ, leisten Wiederholungen in den unstrittig interessanteren und anregenderen Strukturkapiteln Vorschub.

Ein Blick auf die Wählerschaft zeigt markante Unterschiede zwischen dem Gaullismus unter de Gaulle und danach. Mit dem Wandel einer dominanten Partei der Rechten zu deren stärkster Komponente (S. 297) ging in den 70er Jahren der Verlust der einst originellen sozialen Basis mit hohen Arbeiteranteilen einher. Eher strukturell als konjunkturell bedingt, reduzierte sich das volksparteiliche Elektorat bis 1988 tendenziell auf ein klassisch konservatives, dem der Partnerpartei UDF zunehmend ähnliches. Es hat sich wahlgeographisch ruralisiert und nationalisiert (S. 302), zugleich notabilisiert, was die territoriale Heterogenität der Hochburgen (S. 313) erklärt, und stratifiziert, bei immer nur partieller Deckungsgleichheit von einem Urnengang zum nächsten (S. 353). Zwischen dem ursprünglichen Sammlungsanspruch des Gaullismus und der wahlsoziologischen Realität jedenfalls kluft seit vielen Jahren ein gewaltiger Graben (S.832).

Vom Aufbau her kann der RPR seine Ursprünge als schlagkräftige "Konkurrenz-Kopie" des Parti Communiste Français nicht verhehlen. An diversen Funktionsmechanismen, an zahllosen nicht durch Wahl besetzten Posten, an einer starken Ausrichtung am Willen des "Chefs" und am prinzipiell hierarchisch-autoritären Gefüge hat sich wenig geändert. Dennoch blieben innerparteiliche Demokratie-Debatten nach den Präsidentschaftswahlen 1988 nicht ohne Folgen, mündeten bereits ein Jahr später in die Verabschiedung neuer Statuten. Parteinaher Verbände sind inzwischen besser integriert, ideologisch-programmatische Differenzen und "courants" weitgehend akzeptiert (S. 375 f.). Das Eigengewicht der Départements (S. 432) wie auch die Unabhängig-

keit von Parlamentsfraktion und Abgeordneten (S. 461) gegenüber der Pariser Zentrale in der Rue de Lille haben fraglos zugenommen. Weder eindeutig Massen- noch Notabeln-, weder Volks- noch Präsidentenpartei, läßt sich der RPR mit seinen knapp 150.000 Mitgliedern nur schwer parteisoziologisch verorten, entspricht – so der Autor – vielleicht am ehesten Henri Webers Definition einer Partei als "politisches Unternehmen" (S. 513 f.).

Als ganz zentrales Element gaullistischer Überlebensfähigkeit hebt Andrew Knapp die Ausbildung kräftiger lokalpolitischer Wurzeln hervor, zunächst seit 1974/76, dann verstärkt seit 1982 mit dem Übergang zur "France post-jacobine" durch die sozialistischen Dezentralisierungsgesetze (S. 538). Anfangs – wie Chiracs Bürgermeisteramt in Paris seit 1977 – Plattform für eine Rückkehr an die Schalthel der Macht, boten lokale Mandate in der Provinz zugleich Exerzier- und Experimentierfelder für eine Politik "proche des gens" mit recht eigenständigem Profil (S. 568 ff.). Die Zeiten der "godillots" waren endgültig vorbei und Rückwirkungen der Notabilisierung auf die nationalen Partei-Instanzen blieben nicht aus.

Vom Selbstverständnis her "geborene Regierungspartei" der V. Republik, bestimmt sich gaullistische Identität nachhaltig über faktische Machtausübung in Elysée und Matignon (S. 624). Die "Cohabitations" 1986/88 und 1993/95, vor allem der Wahlsieg Jacques Chiracs 1995, haben Selbstbild und Realität wieder in Einklang gebracht. Gleichzeitig verdeutlicht ein Blick auf die Regierungspraxis dieser Jahre, wie weit sich der RPR von de Gaulleschem Handeln der 60er Jahre entfernt hat: institutionell, staatsorganisatorisch, wirtschafts-, außen-, europa- und zunehmend sicherheitspolitisch. Dabei sind es vor allem externe Faktoren, der Wandel westlicher Industriegesellschaften und das Ende des Kalten Krieges, die gaullistische Spezifika abgeschliffen und den RPR zu einer "parti de droite, de conservatisme social et de libéralisme économique" (S. 723) gemacht haben. Daneben spielt eine Rolle, daß viele äußerst umstrittene Grundlagen der "Republique gaulienne" inzwischen zu Allgemeingut der französischen "classe politique" über Parteigrenzen hinweg geworden sind (S. 734), von der Direktwahl des Staatspräsidenten bis zur unabhängigen Atomstreitmacht.

Konstanten und Referenzen sind auf anderen Ebenen angesiedelt. Sie beziehen sich auf

Politikstil und Politikverständnis, auf Voluntarismus und Pragmatismus, auf Vorstellungen von Größe bzw. Unabhängigkeit der Nation nach außen und Prinzipien der autoritären Demokratie nach innen. Traditionsbewußtsein dokumentiert manche Anleihe bei klassischen gaullistischen Polit-Symbolen (S. 828). Bisweilen werden altbewährte Themen – etwa die "participation" (S. 787 ff.) – reaktiviert und adaptiert, häufig in all der Ambivalenz, die deren praktische Umsetzung schon früher gekennzeichnet hat. Im übrigen verweist Knapp zurecht darauf, daß Gaullismus immer "un mélange flexible d'idées plutôt qu'un corps de doctrines" (S. 822, 15-20) darstellte. Die programmatischen Pirouetten Chiracs während der letzten beiden Jahrzehnte stehen dem sicher nicht entgegen (S. 816 ff.).

Alles in allem fällt es Andrew Knapp selbst auf über 900 Seiten schwer, dem informierten Leser wirklich Neues zu bieten. Der Arbeit hätte an etlichen Stellen eine Straffung gut zu Gesicht gestanden. Bedauert werden mag auch, daß nicht präzisere Fragen gestellt und Thesen nicht deutlicher hervorgekehrt werden, daß multikausale Erklärungsraster als kaum gewichtete "Faktorenaufzählungen" enden. Schließlich schimmert hier und da eine gewisse Nähe zum vierzehnjährigen Forschungsobjekt durch, eine gewisse Jovialität im Urteil. Vorgebrachte Kritik oder ermittelte Struktur Schwächen des RPR durch den Hinweis abzufern, andere französische Parteien stünden letzten Endes nicht besser da (z.B. S. 394, 502, 721, 754), wirkt ansatzweise apologetisch, erscheint zumindest wenig aussagekräftig und erkenntnisfördernd.

Und dennoch: die Vorbehalte wiegen wenig schwer angesichts des positiven Gesamteindrucks der vorliegenden Monographie. Sie ist gut geschrieben und vorzüglich übersetzt. Das Material wird hervorragend aufbereitet und illustriert, unzählige Tafeln, Organigramme, Statistiken, Karten und Graphiken bieten Verständnishilfen und weiterführende Auskünfte. Die plausible Anlage, der themenspezifisch leichte Zugang und der breite Personen- und vor allem Sachindex verstärken den handbuchartigen Charakter. Mit Andrew Knapps Band liegt nun eine beeindruckende Synthese des "Gaullismus nach de Gaulle" auf neuem Forschungsstand und hohem Niveau vor, die als künftige Referenz für den Themenkreis gelten kann.

Saarbrücken

Dietmar Hüser